Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 15 (1925)

Heft: 15

Rubrik: Politische Wochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

„Wenn doch die Frauen Zweck und Ziel ihres Lebens besser erkennen würden", sagte er sinnend, als er mit ihr Hand in Hand durch Blumen und Gras dem Städtchen zuschritt, wo sie mit ihren Eltern wohnte, „daß nicht glücklich zu sein, sondern glücklich zu machen der Ehe Sinn ist. Wie viel mehr glückliche Ehen würde es geben."

„Die Männer müssen dies aber auch erkennen", sagte sie neckisch und dann schwiegen sie beide, in ihr neues Glück versunken.

Ostern in Jerusalem.
Partie im Garten Gethsemane. Unter der uralten Olive in der Mitte will Christus geruht haben.

Politische Wochenschau.

Man ist versucht, diesmal die Wochenschau mit einer Zusammenstellung von Katastrophen und Unglücksfällen einzuleiten. Ein Zusammenhang mit der Politik läßt sich ja immer finden. Da meldet die Zeitung, allerdings weiter zurückliegend (28. März), daß ein furchtbarer Zyklon in Argentinien mehrere Städte zerstört habe; dies kurz nachdem die ersten Photographien von den Zyklonzerstörungen in Kansas in Europa angekommen sind. Wir kennen in Europa diese gewaltigen Naturkatastrophen nicht, wenigstens nicht in diesem Ausmaß. In der neuen Welt gehören sie zum Alltäglichen, wie in Japan die Erdbeben. Die Menschen rechnen dort mit ihnen. Es liegt in dieser Tatsache auch ein Grund für die ganz andere Einstellung der Amerikaner zum Leben und zum Zusammenleben, zur Politik, als wie sie in Europa gebräuchlich. Angesichts der gewaltigen Sprache der Natur sinkt dort drüben das Einzelschicksal zur Bedeutungslosigkeit zusammen; was wir hier zur öffentlichen Sache, zur Skandalgeschichte vielleicht aufbauschen, wird dort kaum beachtet. Dieses dem Amerikaner von der Natur aufgezwungenen Zuges ins Große, auch in der Politik, darf man sich bei dieser Gelegenheit wieder bewußt werden.

Ein anderes: die Grubenunglücke der vergangenen Woche. Am 25. März riß auf der kleinen Zeche Remaux des Kohlenbergwerkes von Saar und Mosel (Gemeinde Merlenbach, Lothringen) das Kabel eines mit 70—80 Bergleuten beladenen Förderkorbes; der in eine Tiefe von 404 Meter stürzte und zerschellte. 50 Bergleute tot, die übrigen schwer verletzt. Was nützt es den Toten und Krüppeln, wenn der deutsche Reichspräsident dem französischen Präsidenten kondoliert und dieser für die Aufmerksamkeit höflichst dankt? Was nützt ihnen der Sympathiestreik von 6000 Kollegen der benachbarten Gruben? — Einige Tage später meldet die Zeitung aus England ein Grubenunglück. In der Mantagu-Mine bei Newcastle geschah ein Wassereinbruch und 38 Mann der Besatzung wurden rettungslos eingeschlossen. Tagelang arbeiten die Rettungsmannschaften mit übermenschlichen Anstrengungen. Sie bauten eine Riesenpumpe, um die Grube zu entwässern. Umsonst, das Wasser stieg und füllte zuletzt die ganze Grube. Die Eingeschlossenen werden samt und sonders elendiglich ertrunken oder erstickt sein. Was nützt es ihnen und den künftigen Opfern der Gruben, wenn Labour wegen den 5574 schweren Unfällen, die während der letzten 5 Jahren in den britischen Gruben vorkamen, interpelliert und wenn die Regierung versichert, daß die Zahl der Opfer in den britischen Gruben die niedrigste sei der Welt? Auch der beste Wille zur Sicherung der Arbeitsstätten wird an der Grenze der Rentabilität Halt machen müssen. Wenn Labour das Leben und die Gesundheit der Grubenarbeiter auch über diese Grenze hinaus schützen will, dann werden sich ihm neue große politische Perspektiven eröffnen. — Ob auch das neue große Unglück, das Deutschland kürzlich betroffen hat, ein politisches Nachspiel nach sich ziehen wird, wird die Untersuchung über die Verantwortlichkeit ergeben. Nach den bis heute vorliegenden Meldungen wurde das Unglück eher durch eine Verkettung unglücklicher Umstände herbeigeführt. Anläßlich einer militärischen Uebung der Reichswehr wollte eine Abteilung Soldaten zwischen Veltheim und Hausberge die obere Weser überschreiten. Sie baute zu diesem Zwecke eine aus mehreren Pontons bestehende Fähre. Bei der Ueberfahrt faßte eines der Ponton Wasser. Die Mannschaft drängte ans andere Ende, wodurch die Fähre zum Sinken kam; dabei wurden einige Soldaten über Bord geworfen und ertranken, da sie in voller Rüstung waren. Ein vom Land aus zu Hilfe gesandtes Ponton versank unter der Ueberlastung ebenfalls; 80 Soldaten werden vermißt; sie haben jedenfalls den Tod durch Ertrinken erlitten. Die Wolff-Meldung über den Hergang ist unklar; man muß mit dem Kommentar zuwarten bis eine genauere Darstellung vorliegt.

Um die Reihe der Unglücksmeldungen zu vervollständigen, seien noch erwähnt die Einsturzkatastrophe bei Böhlen, bei der 14 Arbeiter unter einer Schornsteinmauer begraben wurden, und der Deckeneinsturz in einer Schule in Lanjar (Spanien), wobei acht Knaben erschlagen und vier schwer verletzt wurden.

Doch gehen wir nun zur Politik über. Ihre Wellen gehen zur Stunde in Paris besonders hoch und drohen Herriots Ministerboot in den Strudel zu reißen. Sein Geschick wird möglicherweise schon besiegelt sein, wenn unsere Leser diese Zeilen zu Gesicht bekommen werden. Schon nennt man in den Wandelgängen des Palais Luxemburg den neugewählten Senator Millerand als Herriots Nachfolger. Vorbote des Sturmes waren die Pariser Studentenunruhen der vorhergehenden Woche. Die Studenten der Rechtsfakultät an der Sorbonne hatten gegen einen Professor aus politischen Gründen demonstriert. Der Dekan der Fakultät bezeugte ihnen offen seine Sympathie, statt daß er die nötigen Vorkehren traf, um den bedrohten Kollegen zu schützen. Er wurde deshalb von der Regierung seiner Funktionen enthoben. Nun erst recht Radau und Streik der Studenten, die in der Mehrzahl wohl den politischen Untergrund nicht erkannten und für die akademische Freiheit einzustehen glaubten. Die Bewegung griff auch auf die Hochschulen in Nancy und Straßburg über. Die

Beerdigung des schweizerischen Gesandten Mengotti in Madrid.

Regierung blieb aber fest. Sie schloß, nachdem alle Verwarnung fruchtlos blieb, kurzweg die juristische Fakultät der Sorbonne. Der Konflikt ist noch nicht erledigt.

Gefährlicher ist für Herriot die Krise, die im Senat bei Anlaß der Budget-Beratungen gegen die Regierung entfesselt worden ist. Man weiß, wie schwere Arbeit die französische Regierung bisher zu leisten hatte, um das finanzielle Gleichgewicht im Staatshaushalte aufrecht zu erhalten. Poincaré konnte letztes Jahr mit Hilfe Morgans den Frankensturz aufhalten. Unter Herriot geriet das französische Geld wieder ins Gleiten. Finanzminister Clémentel sollte einen Stabilisierungsplan ausarbeiten und anläßlich der Budgetberatung der Legislative vorlegen. Die Opposition war schon zum voraus entschlossen, den Anlaß zum schärfsten Kampfe gegen die Regierung zu benutzen. Ein durch eine unklare Abstimmung verursachter Zwischenfall in der Kammer gab den Auftakt zum Sturm. Da die Mehrheit eine Wiedererwägung der Abstimmung ablehnte, verließen sie unter Protest den Saal. Schon wurden die Rufe „Demission, Auflösung!" laut.

Der Senat nahm inzwischen die Diskussion über das Budget für 1925 auf. Clémentel gab ein Exposé über die Finanzlage und erklärte darin, daß die Regierung gewillt sei, die Sanierung des Schatzamtes durch eine Vermögensabgabe zu bewerkstelligen, daß sie aber keine Inflation, d. h. keine Ausgabe neuer Noten beabsichtige, wie die Gerüchte wahr haben wollten.

Clémentel hatte jedenfalls die Regierungspläne etwas vorzeitig enthüllt; er selbst war für die Notenausgabe eingestanden, war aber im Ministerrat damit nicht durchgedrungen. Die Ankündigung der Vermögensabgabe rief augenblicklich in den Finanzkreisen, aber auch unter den vermöglichen Landbewohnern eine Panik hervor. Vergeblich suchte Herriot, indem er persönlich das Wort ergriff, den Eindruck der Rede seines Finanzministers abzuschwächen. Indem er Clémentel desavouierte, nötigte er ihn zur Demission. An seine Stelle berief er den Senator de Monzie, dies zur Beruhigung der Kreise, die jedes Ministerium in der Hand haben, der Finanzkreise. So heiß wie sie gekocht, durfte die Vermögensabgabe jedenfalls nicht vorgesetzt werden. Bereits hat der neue Finanzminister beruhigende Zusicherung abgegeben, und auch Herriot bemüht sich eifrig, den beabsichtigten Griff in die Kassen der Besitzenden als ungefährlich darzustellen. Aber hinwiederum betont er — und damit richtet er sich an seine linksstehenden Freunde —: Die Steuerzahler müssen ein Opfer bringen, das dem Interesse des ganzen Landes und letzten Endes jedes einzelnen in gleicher Weise nützen wird. Die Regierung wird jedoch vor den Forderungen der Priviligierten, vor dem anmaßenden Luxus, wie er seit den Zeiten des Direktoriums nie mehr sich breit machte, und vor den Drohungen der Steuerdefraudanten und der Leute, die ihre Kapitalien ins Ausland abschieben, nicht nachgeben. — Diese Worte sind sicher gut und ernst gemeint. Aber es frägt sich nur, wie Herriot die Geldbesitzer zwingen will, ihr Geld der Gesamtwirtschaft zur Verfügung zu stellen; wie er sie, beispielsweise die Bauern, hindern will, die Noten zurückzuhalten, die Kredite zu sperren, die Wertpapiere über die Grenze zu schaffen. Es bleibt ihm zweifellos nur eines, und zwar der Kompromiß. de Monzie glaubt die Lösung gefunden zu haben: „Freiwillige Vermögensabgabe" lautet seine Parole. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Zauberformel bewährt. Auch wenn die Vermögensabgabe in der Kammer eine Mehrheit findet, so steht der Konflikt mit dem Senat in Aussicht, und dann bleibt für Herriot nur der Appell an die Wähler übrig, also die Auflösung der Kammer und Neuwahlen. Das französische Volk geht hochpolitischen Tagen entgegen.

Vor eine bedeutungsvolle Entscheidung sieht sich auch das deutsche Volk gestellt. Es gilt bei der Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen zu der Frage: Rechtskurs oder Linkskurs? Die Verhandlungen über eine Einheitskandidatur sind gescheitert. Namen wurden nicht genannt, weil keine zugkräftig genug waren. Bleibt nur die Zweierwahl. Die Rechtsparteien halten an Jarres fest. Die Linksparteien oder besser die republikanischen Parteien um die Weimarer Verfassung herum haben sich nach einem nicht sehr erhebenden Kuhhandel auf die Kandidatur des Zentrumsmannes und Katholiken Marx geeinigt. Dafür hat die Sozialdemokratie die Führung in Preußen wieder übernommen. Braun wurde wiederum mit der Bildung eines Ministeriums betraut. Er hat sich folgendes Kabinett zusammengestellt: Justiz: Zehnhoff, Inneres: Severing, Volkswohlfahrt: Hirtsiefer, Kunst, Wissenschaft und Volksbildung: Beck, Landwirtschaft: Steiger, Finanzen: Höpker-Aschoff, Handel und Gewerbe: Schreiber. Ob sein Programm die Zustimmung des Landtages erhält, oder ob auch hier die Neuwahlen die endliche Lösung aus der Krise bringen werden, bleibt der Zukunft vorbehalten.

Aus den übrigen Ländern haben wir nur untergeordnete politische Ereignisse zu melden.

Benesch äußert sich vorsichtig, aber zuversichtlich über den Fünfstaaten-Garantiepakt. Die Tschechoslowakei habe daraus keine Nachteile zu befürchten, da Deutschland bezüglich seiner Ostgrenze durch den Versailler Vertrag gebunden sei. Den Anschluß Oesterreichs an Deutschland, die Zollunion oder die Donaufödereration hält er für ausgeschlossen.

In Polen regt gegenwärtig ein Militärskandal die Gemüter auf. Im Marineamt sind riesige Unterschleife, begangen von Offizieren, aufgedeckt worden. Die an sich schon prekären Beziehungen zu Sowietrußland werden durch den Mord an zwei kommunistischen polnischen Offizieren, die gegen zwei in Rußland gefangen gehaltene Polen ausgetauscht werden sollten, neuerdings verschärft.

Aus Jugoslavien wird die Beschlagnahmung eines Erkundigungsflugzeuges der bulgarischen Armee auf serbischem Boden gemeldet; die Piloten wurden als Spione gefangen gesetzt. -ch-